



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DER KONFLIKT UM DAS MUSEUM DES ZWEITEN WELTKRIEGES IN DANZIG

■ ANALYSE

Das Schicksal des Danziger Weltkriegsmuseums.
Die polnische Regierung und die europäische Ausrichtung des Projekts
Reinhold Vetter, Warschau/Berlin 2

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Umfragen zu Patriotismus und Nationalismus 7

■ CHRONIK

15. November 2016 – 5. Dezember 2016 12

*Die nächste Ausgabe der Polen-Analysen erscheint nach der Weihnachtspause am 17. Januar 2017.
Die Redaktion der Polen-Analysen wünscht ihren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, gesundes und erfolgreiches Jahr 2017!*

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



25 Jahre gute
Nachbarschaft
25 lat dobrego
sąsiedztwa



Das Schicksal des Danziger Weltkriegsmuseums.

Die polnische Regierung und die europäische Ausrichtung des Projekts

Reinhold Vetter, Warschau/Berlin

Zusammenfassung

Schon vor seiner Eröffnung muss das Museum des Zweiten Weltkrieges (*Muzeum II Wojny Światowej*) in Danzig (Gdańsk) um seine Existenz kämpfen. Die Konzeption des Museums, das polnische Schicksal in den europäischen Zusammenhang des Zweiten Weltkrieges zu stellen, passt sich nicht in die Geschichtspolitik der Regierung von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) ein. Diese versucht mit administrativen Mitteln, dem Museum eine ihr genehme ideologische Ausrichtung zu geben. Mit der Angelegenheit beschäftigen sich bereits Gerichte. Sollte sich die Geschichtspolitik der Nationalkonservativen durchsetzen, käme ein Museumsprojekt zu Fall, dessen Verwirklichung große Bedeutung für die Museumslandschaft in ganz Ostmitteleuropa hätte.

Nördlich der Altstadt von Danzig in der Wałowa-Straße ragt ein Bauwerk in den Himmel, das sich deutlich von seiner Umgebung abhebt: ein schräg stehender Würfel in Gestalt eines Parallelogramms, der dem Anschein nach gleich umzukippen droht. Doch die Statiker und Konstrukteure haben ganze Arbeit geleistet. Vom obersten Stockwerk aus bietet sich ein wunderbarer Ausblick auf die Altstadt. Es handelt sich um das Museum des Zweiten Weltkrieges, das zügig seiner Vollendung entgegen geht. Zurzeit läuft der Innenausbau, und in einigen Monaten soll es eröffnet werden. Einige größere Exponate, darunter der amerikanische Panzer Sherman Firefly, den polnische Soldaten der Brigade von Stanisław Maczek bei der Befreiung Frankreichs, Belgiens und Hollands fuhren, sowie ein Waggon der Polnischen Eisenbahn, mit dem Polen nach Sibirien deportiert und polnische Zwangsarbeiter nach Deutschland transportiert wurden, wurden schon installiert. Die Gesamtkosten wurden mit etwa 450 Millionen Zloty (zirka 100,8 Mio. Euro) veranschlagt.

Auch wenn die meisten der Exponate noch außer Haus gelagert werden, lassen Konzeption, Gestaltung und pädagogische Präsentation schon jetzt erkennen, dass Fachleute aus ganz Europa am Werk sind. Neben den Ausstellungsräumen gibt es Säle für Konferenzen und Filmvorführungen, Tagungsräume, ein Restaurant und einige Hotelzimmer; der Zugang wird behindertengerecht gestaltet. Bei der Präsentation wird auf Anschaulichkeit geachtet: So fällt der Blick auf einige nachgebaute Häuserfronten in einer Warschauer Straße, so wie sie zu Kriegsbeginn existierten. Nebenan sieht man die gleichen Häuser als verrauchte Ruinen nach der Zerstörung durch die deutschen Besatzer. Baracken eines Lagers für polnische Zwangsarbeiter wurden ebenso nachgebaut wie Verstecke des polnischen Untergrunds.

Auf einer Ausstellungsfläche von mehr als 5.000 m² (4.000 m² für die ständige Ausstellung und 1.000 m² für Wechselausstellungen) sollen gut 3.000 Exponate prä-

sentiert und erläutert werden – vielfach zur Verfügung gestellt aus Privatbesitz. Fast 200 Berichte von Zeitzeugen wurden gesammelt. Schon vor der Eröffnung des Museums ist ein Katalog der Exponate erschienen.

Immer wieder kommen Besucher aus dem Ausland, um sich über den Fortgang der Arbeiten zu informieren, so im November 2016 die Direktorin des Washingtoner Holocaust-Museum, Lynn Williams. Das Team des Museums gibt wissenschaftliche Publikationen und Bildbände zu Themen des Zweiten Weltkrieges heraus, organisiert wissenschaftliche Konferenzen ebenso wie »historische Spaziergänge« für interessierte Besuchergruppen, baut eine Bibliothek auf und unterstützt einschlägige Forschungsarbeiten.

Warum ein Weltkriegsmuseum in Danzig?

Ein ideeller Rahmen für die Gestaltung des Museums sind die Geschichte Danzigs und der ganzen Region sowie die Museumslandschaft der Stadt. Nicht weit entfernt befindet sich das historische Gebäude der Polnischen Post, das am 1. September 1939 trotz heftigen Widerstandes von SS- und Polizeieinheiten eingenommen wurde; am Rande der Stadt liegt die Westerplatte, wo der Zweite Weltkrieg begann, und in der Nähe Danzigs die Gedenkstätte des ehemaligen NS-Konzentrationslager Stutthof. Fußläufig zu erreichen ist das Europäische Solidarność-Zentrum (*Europejskie Centrum Solidarności*), in dem nicht nur die Geschichte der Gewerkschaft *Solidarność*, sondern auch die anderer Oppositionsgruppierungen und -bewegungen in Polen und Ostmitteleuropa sowie bis zu einem gewissen Grad auch die Geschichte des Kommunismus präsentiert werden.

Ein zweiter Grund für den Standort des neu zu eröffnenden Museums besteht darin, ihm einen europäischen Charakter zu geben. Hervorgehoben wird das Schicksal der Polen und ihres Staates, was aber nicht auf Kosten der Darstellung anderer Nationen wie der Deutschen

und der Russen gehen soll. Ziel ist es, die damaligen Ereignisse in Polen in ein größeres Bild einzufügen und damit das Museum mit einer universellen Botschaft auszustatten. Der polnische Historiker Włodzimierz Borodziej sagte in einem Zeitungsinterview: »Vermutlich ist es europaweit das erste Museum, das den Krieg in allen seinen europäischen Zusammenhängen, auch den osteuropäischen, darstellen will.« Und sein amerikanischer Kollege Tymothy Snyder erklärte: »...die deutschen Kriegsverbrechen (treten) durch die vergleichende Einbettung noch deutlicher hervor (...). Das Beharren der Kuratoren auf einer globalen und vergleichenden Einbettung sorgt dafür, dass ein schockierendes Verbrechen begreifbare Form annimmt.«

Dem Programmbeirat und den Gestaltern des Museums ist durchaus bewusst, dass eine schwierige Aufgabe darin besteht, die polnischen und die »fremden« Erfahrungen so zu gewichten, dass nicht der Eindruck entsteht, die universale Aussage des Museums relativiere die Frage der Verantwortung für den Krieg oder verringere sowohl das Leid als auch den heroischen Widerstand der Polen. Der Gründungsdirektor des Museums, Paweł Machcewicz, hebt hervor: »Nur indem Ähnlichkeiten und Unterschiede von Krieg und Besatzung in West- und Ostmitteleuropa vermittelt werden, lassen sich die Ereignisse redlich darstellen und erklären, die zwar auf dem ganzen Kontinent stattfanden, sich aber in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausprägten.«

Unterschiede der historischen Gedächtnisse verdeutlichen

Die ideellen Grundsätze für die Gestaltung des Museums resultieren aus dem Wissen um die Unterschiede in der Mentalität und der historischen Sensibilität der europäischen Völker und Nationen, die sich aus kulturellen Unterschieden und unterschiedlichen historischen Erfahrungen ergeben. Diese Unterschiede sind ein Wert und eine Errungenschaft Europas, und sie werden auch nie ganz verschwinden.

Die Unterschiede des historischen Gedächtnisses in Ostmittel- und Westeuropa werden insbesondere anhand der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges sichtbar. So ist ein zentraler Bestandteil des polnischen historischen Gedächtnisses die Tatsache, dass Polen im September 1939 nicht nur die Aggression des Dritten Reiches erleben musste, sondern auch die der Sowjetunion sowie die Aufteilung des Staates zwischen zwei totalitären Regimen und parallel stattfindende Repressionen vonseiten der beiden Okkupationsmächte ab dem Herbst 1939. In Westeuropa ist dies außer einem Kreis von an Polen interessierten Fachleuten kaum bekannt.

Ein zweites Beispiel sind die Zwangsumsiedlungen der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. In Polen

hält man es nicht für begründet, diesen Zwangsumsiedlungen eine Sonderstellung als eines der wichtigsten Probleme der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts einzuräumen. In Deutschland dagegen gibt es zahlreiche Historiker, die die Vertreibung der Deutschen in eine Reihe ethnischer Säuberungen einordnen, die mit den Balkankriegen der Jahre 1912–1913 begannen und deren jüngste Fortsetzung die Gewalttaten und Vertreibungen im Zuge des Zusammenbruchs Jugoslawiens in den frühen 1990er Jahren waren. Für das polnische historische Gedächtnis sind die Zwangsumsiedlungen der Deutschen weniger wesentlich und schmerzhaft als Auschwitz oder Katyn, die Tötung der Zivilbevölkerung während des Warschauer Aufstandes und die zerstörerische Politik der deutschen Besatzer vom Beginn des Zweiten Weltkrieges an. Machcewicz unterstreicht: »Aus allen diesen Gründen ist es sinnvoll, den Versuch zu unternehmen, ein Museum zu gründen, das die verschiedenen historischen Gedächtnisse der Europäer miteinander verbindet. Nicht mit dem Ziel, eine einheitliche, überall verbindliche Narration zu schaffen, denn dies wäre eine schädliche Utopie. Vielmehr, um die einzelnen historischen Erfahrungen, die die aktuelle Sensibilität der Franzosen, Deutschen, Polen oder Russen prägen, zu verstehen.«

Das Schicksal der Menschen im Mittelpunkt

Die Ausstellung wird in vier Themenblöcke gegliedert. Der erste betrifft die Genese des Zweiten Weltkrieges, wobei der Schwerpunkt auf die Kräfte gelegt wird, die die politische Ordnung des Vertrags von Versailles aufgehoben, Europa in den Krieg getrieben und diesen Krieg dann auf brutalste Weise geführt haben: der Nationalsozialismus, der italienische Faschismus, der japanische Imperialismus und in gewisser Weise auch der Kommunismus. Diese Regime haben miteinander kooperiert, wie die deutsch-italienische Invasion im Spanischen Bürgerkrieg, die Unterzeichnung des »Stahlpakts« (Deutschland – Italien) und später des »Drei-Mächte-Pakts« (Deutschland – Japan – Italien) sowie der Hitler-Stalin-Pakt zeigen. Dabei wollen die Gestalter des Museums auf jeden Fall vermeiden, dass ein direktes Gleichheitszeichen zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus gesetzt wird.

Im Mittelpunkt sollen die Schicksale der Menschen stehen, der Soldaten, Kriegsgefangenen, Lagerhäftlinge, Zwangsarbeiter, der Frauen und Kinder und der Zivilbevölkerung generell. Die universale und für alle Besucher verständliche Botschaft gilt dem verbrecherischen Charakter des Krieges und den absichtsvollen Anstrengungen der beteiligten Mächte, ganze Staaten und Völker oder Teile der betroffenen Gesellschaften zu vernichten.

Thematisiert werden insbesondere die Verbrechen der Wehrmacht und der SS in den besetzten Gebieten Europas, der Holocaust, die sowjetischen Morde von Katyn, Charkow und Miednoje, das japanische Massaker von Nanking, die blutigen ethnischen Konflikte in Wolhynien und die ethnischen Säuberungen auf dem Balkan.

Dieser zweite Erzählstrang betrifft das Schicksal der Soldaten an der Front und den Alltag der Zivilbevölkerung während des Zweiten Weltkrieges. Das Ziel ist, den Besuchern die spezifische Situation an den verschiedenen Fronten sowie in verschiedenen Teilen des besetzten und umkämpften Europa zu verdeutlichen. Dabei soll auch die Ähnlichkeit der Erlebnisse deutlich werden. In diesem Rahmen geht es außerdem um den aktiven und passiven Widerstand bis hin zum Aufstand im Warschauer Ghetto (1943), dem Warschauer Aufstand (1944) und den Widerstandsaktionen der Franzosen, Tschechoslowaken, Norweger und Dänen.

Drittens werden die diplomatischen Aspekte des Krieges dargestellt. Es soll vermittelt werden, dass die Zugeständnisse, die die westlichen Staatsführer zunächst Hitler und dann Stalin gegenüber um des Friedens oder eines bestimmten strategischen Nutzens willen gemacht haben, ihren erkennbaren Preis hatten, den insbesondere die Staaten Ostmitteleuropas zu zahlen hatten.

Der vierte Erzählstrang betrifft die wichtigsten Folgen des Zweiten Weltkrieges: die Grenzverschiebungen in Mittel- und Osteuropa, die Teilung des Kontinents und die Sowjetisierung der Gebiete östlich der Elbe, des Weiteren die Vertreibung der Deutschen, die Rückkehr der *displaced persons*, die »Repatriierung« der Polen aus den vormaligen Ostgebieten, die Entstehung einer polnischen Diaspora im Westen und die Auswanderung von Juden nach Palästina.

Der Aufbau der ständigen Ausstellung folgt den Themenblöcken, wobei konkrete Ereignisse sowie deren Wechselwirkungen und Folgen dargestellt werden. Den Gestaltern des Museums kommt es darauf an, möglichst viele Berichte von Zeitzeugen miteinzubeziehen – wohl wissend, dass diese bei den Besuchern oft einen größeren Eindruck hinterlassen als die Darstellung historischer Ereignisse anhand trockener Fakten und Statistiken. Die Ausstellung soll multimedial und interaktiv gestaltet werden und auf verschiedene audiovisuelle Techniken und Methoden zurückgreifen. Vorgesehen ist, dass Besucher einige Exponate sogar anfassen können, wenngleich es sich dabei nicht um Originale, sondern um Duplikate handeln wird – etwa eine Druckerpresse, wie sie im polnischen Untergrund zur Herstellung von Flugblättern verwendet wurde. Außerdem werden Computersimulationen von bestimmten Orten und Räumlichkeiten wie etwa ein Luftschutzraum in der Londoner U-Bahn oder ein konspirativer Treffpunkt der polnischen Heimatarmee (*Armia Krajowa*) angeboten.

Die Verantwortlichen

Gründungsdirektor des Museums ist der ausgewiesene Historiker Paweł Machcewicz, der insbesondere mit Werken über den Arbeiteraufstand in Posen (Poznań) und den »Polnischen Oktober 1956« sowie über Władysław Gomułka hervorgetreten ist. Zu seinen Veröffentlichungen zählt das Buch *Spory o historię* (dt. Streit um die Geschichte), in dem er sich unter anderem mit der Debatte über Lech Wałęsa, Geschichtspolitik und dem Verhältnis zwischen Polen und Juden auseinandersetzt. Im Oktober 2016 veröffentlichte Machcewicz einen Text über die Ereignisse des Jahres 1956 in der angesehenen polnischen Wochenzeitung *Polityka*. Er ist Professor am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften und hat bereits an verschiedenen Universitäten gelehrt. Von 2000 bis 2006 fungierte er als Direktor des Büros für Volksbildung des Instituts des Nationalen Gedenkens (*Instytut Pamięci Narodowej – IPN*). In den Jahren 2008 bis 2014 zählte er außerdem zu den Beratern des damaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk. Die Stellvertreter von Machcewicz sind die Historiker Janusz Marszałec, der sich insbesondere mit dem polnischen Widerstand im Zweiten Weltkrieg und dem Warschauer Aufstand 1944 beschäftigt hat, sowie Piotr M. Majewski, ein Experte für die Geschichte der Tschechoslowakei und der Sudenteutschen. Das Direktorium wird von acht wissenschaftlichen Mitarbeitern unterstützt.

Des Weiteren wurde ein Rat von Treuhändern berufen, dem unter anderem Piotr Cywiński, Direktor des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau, der Kunsthistoriker Jarosław Krawczyk, der Literaturwissenschaftler Zdzisław Najder und der Anwalt Jacek Taylor angehören. Zu den Mitgliedern des ebenfalls gebildeten Programmbeirats gehören die Historiker Norman Davies, Jerzy Borejsza, Włodzimierz Borodziej, Ulrich Herbert, Krzysztof Pomian, Timothy Snyder, Tomasz Szarota und Anna Wolff-Powęska.

Märtyrertum und Heroismus als zentrale Elemente nationalkonservativer Geschichtspolitik

Bereits mit dem Wahlsieg der Partei *Recht und Gerechtigkeit* von Jarosław Kaczyński im Jahr 2015 war abzusehen, dass es Konflikte um das Danziger Museum geben würde. Das Projekt ist besonders Kulturminister Piotr Gliński ein Dorn im Auge. Er beauftragte drei ihm politisch nahe stehende Historiker und Journalisten, Piotr Niwiński, Piotr Semka und Jan Żaryn, Gutachten zu erstellen; alle kamen zu dem Ergebnis, dass das Danziger Projekt zu sehr die Leiden und Zerstörungen während des Zweiten Weltkrieges in den Fokus nehme und den Patriotismus sowie die Opferbereitschaft der Polen viel

zu wenig hervorhebe. Tatsächlich aber stört Kaczyński, *PiS* und Gliński die europäische Orientierung des Projekts. Włodzimierz Borodziej, Mitglied des Programmbeirats, weist auf die verengte Perspektive hin, die in der Geschichtspolitik nun Einzug gehalten hat: Die polnische Regierung »ist dagegen, die Geschichte des Krieges umfassend, also als ein europaweites Ereignis zu zeigen, eine Katastrophe, in deren Folge noch mehr Zivilisten litten als Soldaten. Der Kulturminister erklärte beiläufig, das Museum sei zu teuer – aber das ist lediglich ein Vorwand. Die Regierung will wohl ein Museum über *Polen* (Hervorhebung durch Borodziej – R.V.) im Zweiten Weltkrieg, mit Soldaten und Résistance-Kämpfern als Dominante. Alles, was darüber hinausgeht, passt offenbar nicht.«

Borodziej greift auch den Vorwurf Glińskis auf, dass die polnischen Aspekte des Zweiten Weltkrieges bei der Gestaltung des Museums nicht ausreichend berücksichtigt würden: »Man kann sich gut vorstellen, dass der Kulturminister und seine Stellvertreter solche Äußerungen tun, ohne Konzept und Umsetzung der Ausstellung zu kennen. Schade, denn lesen ist immer besser als nicht lesen.«

Ohnehin ist Geschichtspolitik ein Herzstück der von *PiS* betriebenen nationalkonservativen Kulturpolitik. Ihr Ziel ist die Stärkung einer auf Märtyrertum und Heroismus beruhenden nationalen Identität. Als Vorbilder dienen die polnischen Aufstände des 19. Jahrhunderts, als Preußen, das zaristische Russland und das habsburgische Österreich das Land unter sich aufgeteilt hatten, die Kämpfer des Warschauer Aufstandes im Jahr 1944 gegen die deutsche Besatzungsmacht sowie die antikommunistischen Widerstandskämpfer, die sich am Ende des Zweiten Weltkrieges gegen die Sowjetisierung Polens wehrten. Dabei zeigt sich ein ideologischer Umgang mit Geschichte; nationale Siege und Errungenschaften werden überhöht und Verfehlungen des eigenen Volkes entweder heruntergespielt oder ganz verschwiegen. Der Direktor des Jüdischen Historischen Instituts (*Żydowski Instytut Historyczny*) in Warschau, Paweł Śpiewak, erklärte: »Das ist eine Art von Nationalismus. Wenn ich an einer Debatte mit dem Präsidenten (Andrzej Duda, vor Amtsantritt *PiS* – R.V.) über die Geschichtspolitik teilnehme, dann reden wir nur darüber, was die Polen für eine tolle Nation sind. Das ist die Rückkehr zum Mythos der Polen als einer unschuldigen Nation, geschändet, aber unschuldig.«

Setzt sich die Geschichtspolitik der *PiS* im Falle des Danziger Museums durch, dann kommt gerade jener Aspekt nicht zum Tragen, der für Paweł Machcewicz und seine Mitstreiter besonders wichtig ist: die unterschiedliche Ausprägung des historischen Gedächtnisses in den europäischen Ländern zu verdeutlichen und damit auch zum Vergleich anzuregen.

Auf einen weiteren Aspekt macht der Historiker Timothy Snyder aufmerksam: »Die weit überwiegende Mehrheit der Opfer des Holocaust sind polnische und sowjetische Juden; fast jeder, der im Holocaust umgekommen ist, war vor dem Krieg in Polen oder in der Sowjetunion zu Hause oder wurde in das von den Deutschen besetzte Polen oder in die besetzten Gebiete der UdSSR deportiert, um dort umgebracht zu werden. Weil der Holocaust eine Reihe von Stadien umfasste, die mit dem Fortschreiten eines komplexen Krieges zu tun hatten, und überall in Europa seine Opfer fand, könnte ein international ausgerichtetes Museum des Krieges den Verlauf der Judenvernichtung vielleicht deutlicher zeigen als Museen, die ausschließlich diesem Verbrechen gewidmet sind. Womöglich liegt genau darin das Problem für die gegenwärtige polnische Führung, denn ein umfassendes Verständnis des Holocaust macht es sehr schwer, die europäischen Nationen schlicht in Täter und Opfer zu unterteilen. Die Vorstellung einer nationalen Unschuld Polens, welche die aktuelle Regierung offenbar unbedingt bewahren möchte, ist ihrerseits alles andere als unschuldig. Wenn Polen einzig und allein Opfer nationalsozialistischer Aggressionen waren, was sollen wir dann von den Ereignissen während des Kriegs halten, bei denen Polen selbst Kollaborateure oder Täter waren? Was sollen wir beispielsweise mit den Schlüsseln der ermordeten Juden von Jedwabne anfangen? Als die Juden dort im Juli 1941 von ihren polnischen Nachbarn gezwungen wurden, sich auf einem öffentlichen Platz zu versammeln, hatten sie ihre Schlüssel dabei, denn sie gingen natürlich davon aus, dass sie bald wieder nach Hause gehen könnten. Stattdessen wurden sie in eine Scheune getrieben und dort verbrannt. Geblieben sind nur ihre Schlüssel, und diese hat das Museum zusammengetragen.«

Stolpersteine für das Museum

Die Schwierigkeiten für Paweł Machcewicz und das Danziger Museum der Geschichte des Zweiten Weltkrieges begannen im April 2016, als auf der Homepage des Kulturministeriums mitgeteilt wurde, das Museum solle mit dem Museum Westerplatte vereinigt werden. Zu diesem Zeitpunkt bestand dieses »Museum«, das den sieben Tagen der Verteidigung der polnischen Enklave in Danzig gewidmet ist, allerdings nur aus einigen Schautafeln, die auf der Westerplatte gezeigt werden. Es gab weder einen Etat für dieses »Museum« noch feste Mitarbeiter. Minister Gliński ging es darum, im Zuge einer Zusammenlegung beider Einrichtungen die Arbeitsverträge von Machcewicz und seinen Stellvertretern nach polnischem Recht auflösen und sie durch Personen ersetzen zu können, die der Regierung genehm sind. Im Juli führten Mitarbeiter des Kulturministeriums umfangrei-

che Kontrollen auf der Baustelle des Museums durch, obwohl die Oberste Kontrollkammer, eine dem Sejm gegenüber verantwortliche Institution, die die Tätigkeit und das Finanzgebaren von Regierungsinstitutionen überprüft, exakt die gleichen Kontrollen schon ein halbes Jahr vorher vorgenommen hatte. Im September verschob Minister Gliński das Datum der Zusammenlegung des Museums des Zweiten Weltkrieges mit dem Museum Westerplatte vom 1. Dezember 2016 auf den 1. Februar 2017.

Am 26. Oktober kam es zu einer Auseinandersetzung während der Sitzung der Kulturkommission des Senats, der zweiten polnischen Parlamentskammer, als Gliński das Ergebnis der Kontrollen seiner Mitarbeiter präsentierte und dabei Machcewicz und die anderen Mitarbeiter des Museums mit einer Reihe schwerer Vorwürfe konfrontierte. Er monierte unter anderem

- Fehler bei der Bauausführung,
- die eigenwillige Überziehung der veranschlagten Kosten,
- die Anschaffung von Exponaten, die ursprünglich nicht vorgesehen gewesen seien,
- die fehlerhafte Inventarisierung der gesammelten Exponate.

Auch wenn es tatsächlich vereinzelt Fehler gab, etwa dergestalt, dass anfangs die Schwierigkeiten unterschätzt wurden, die der Schwemmsand des Danziger Stadtgebiets für die Errichtung des Gebäudes bereiten würde, konnte Machcewicz in seiner Entgegnung auf Gliński doch darauf hinweisen, dass die Oberste Kontrollkammer die Tätigkeit der Museumsleitung in wesentlichen Fragen gebilligt hatte. Deutlich wurde somit der politisch-ideologische Hintergrund der Anschuldigungen Glińskis vor dem Senat.

In diesem Zusammenhang wurde auch bekannt, dass sich die drei Gutachter, die Gliński berufen hatte, strikt geweigert hatten, der Einladung von Machcewicz und seinen Stellvertretern zu einer ausführlichen inhaltlichen Vorstellung des Museumskonzepts zu folgen, was nicht dafür spricht, dass ihre Expertisen ernst zu nehmen sind.

Machcewicz und seine Mitstreiter setzten sich zur Wehr und bekamen viel Zuspruch aus dem In- und Ausland. Bereits Anfang August 2016 stellten zwei Mitglieder des Rates der Treuhänder, Jacek Taylor und Tadeusz Filipkowski, beim Präsidenten der Obersten Kontrollkammer den Antrag, das Vorgehen von Kulturminister Piotr Gliński einer genauen Prüfung zu unterziehen. In ihrer Begründung hieß es: »Der Akt der Vereinigung (beider Museen – R.V.) wird enormen Schaden anrichten, den der Minister bislang mit Sicherheit nicht abschätzen kann.« Wenige Tage später gaben die Mitglieder des internationalen Programmbeirats eine Erklärung

ab, in der sie die drei Gutachten, die der Kulturminister eingeholt hatte, scharf kritisierten. Sie schrieben unter anderem: »Aufgabe des Historikers ist es, Quellen zu analysieren und auf dieser Grundlage zu adäquaten Schlussfolgerungen zu kommen. Im Fall der Gutachter wurde diese Arbeit nicht ausgeführt. Ihre Stellungnahmen bestehen vor allem aus dem Vorwurf, dass dieser oder jener Aspekt der polnischen Geschichte in der Hauptausstellung des Museums nicht präsentiert werde. Dieser Vorwurf ist unbegründet, ja zum Teil grotesk.«

Am 13. August veröffentlichten die Historiker Tymothy Snyder von der Yale University und Andrzej Nowak von der Krakauer Jagiellonen-Universität, ein der gegenwärtigen Regierung grundsätzlich wohlgesonnener Historiker, einen Brief an Kulturminister Gliński, in dem sie unterstrichen: »Wir sind der Auffassung, dass die geplante Ausstellung der historischen Wahrheit gerecht wird, sowohl was das allgemeine Bild des Krieges angeht als auch hinsichtlich des spezifischen Schicksals Polens in diesem Krieg. Wir stimmen darin überein, dass das Museum des Zweiten Weltkrieges in der entstehenden Form eine außergewöhnliche Chance für die Polen eröffnet, sich über den Krieg zu informieren, wie er außerhalb Polens stattfand, ebenso wie für die ausländischen Besucher, die polnische Geschichte kennenzulernen.«

Am 21. September 2016 reichte die Direktion des Museums beim Verwaltungsgericht der Woiwodschaft Masowien Widerspruch gegen die vom Kulturminister verfügte Vereinigung des Museums mit dem Museum Westerplatte ein und berief sich dabei auf einen Artikel des polnischen Museumsgesetzes, wonach sich der Minister vor seiner Entscheidung an den Rat für Museumsangelegenheiten (*Rada do Spraw Muzeów*) hätte wenden sollen, was er aber nicht getan hatte.

Schließlich meldete sich auch der polnische Bürgerrechtsbeauftragte Adam Bodnar zu Wort, als er am 28. Oktober ebenfalls Widerspruch gegen die Entscheidung des Ministers einreichte und dabei auf Verstöße des Kulturministeriums gegen Artikel der Gesetze über kulturelle Tätigkeit, die öffentlichen Finanzen und die Museen sowie Verstöße gegen das Baurecht verwies.

Am 16. November erzielte die Museumsdirektion um Machcewicz dann einen ersten Erfolg, als das Verwaltungsgericht der Woiwodschaft Masowien ihrem Widerspruch stattgab und die Vereinigung der beiden Museen erst einmal für unbestimmte Zeit untersagte sowie eine genauere Prüfung der Hintergründe der ministerialen Entscheidung ankündigte.

Besonders im Laufe des Jahres 2016 war die Entwicklung um das Museum des Zweiten Weltkrieges in Danzig wiederholt Gegenstand der Berichterstattung der internationalen Presse, nicht zuletzt in Deutschland.

Ausblick

Trotz des Erfolges vom 16. November ist die Zukunft des Museums in der bislang konzipierten Form ungewiss. Die Kompromisslosigkeit, mit der die von *Recht und Gerechtigkeit* geführte Regierung in anderen Politikbereichen vorgeht, lässt nichts Gutes erahnen. Paweł Machcewicz und seine Stellvertreter nehmen für sich ein Urheberrecht in Anspruch und betonen, dass ohne ihre Zustimmung deshalb keine größeren Veränderungen an der Dauerausstellung vorgenommen werden dürften. Tatsächlich ist zu prüfen, ob das EU-Recht in Gestalt der Richtlinie 96/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 1996 über den rechtlichen Schutz von Datenbanken, die auch für polnische Gerichte bindend ist, auch auf das Danziger Museum angewandt werden kann. Wenn ja, könnte die Leitung des Museums bei einem Verstoß gegen die Richtlinie

und damit gegen EU-Recht bei der EU-Kommission Beschwerde einlegen, was wiederum ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen einleiten könnte. Die Meinungen darüber sind unter Juristen allerdings geteilt.

Selbst wenn die Richtlinie zur Anwendung käme, ist damit noch nicht gesagt, dass sich die *PiS*-geführte Regierung auch daran hält. Immerhin haben Regierungmitglieder und Parlamentarier von *Recht und Gerechtigkeit* schon mehrfach bewiesen, dass ihnen ihr politischer Wille wichtiger ist als das Recht, insbesondere das EU-Recht.

Eines steht fest: Sollten Konzeption und Gestaltung des Museums stark verändert werden, dürften viele polnische Familien, die wertvolle familiäre Erbstücke als Exponate zur Verfügung gestellt haben, diese zurückfordern. Den Schaden hätten die Besucher. Gewaltig wären auch die zusätzlichen Kosten für den öffentlichen Haushalt, die eine umfangreiche Veränderung nach sich zöge.

Über den Autor

Reinhold Vetter ist freier Wissenschaftler und Publizist mit den Arbeits- und Forschungsschwerpunkten Zeitgeschichte und Politik Ostmitteleuropas. Er lebt in Warschau und Berlin. 2014 erschien sein Buch »Bronisław Geremek. Der Strategie der polnischen Revolution« (Berlin).

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Umfragen zu Patriotismus und Nationalismus

Tabelle 1: Patriotismus hat viele Bedeutungen. Beruht Ihrer Meinung Patriotismus darauf... (%)

	bestätigende Antworten 2008*	bestätigende Antworten 2016*
dem Wappen, der Flagge und der Nationalhymne Respekt zu erweisen	94 (69)	92 (69)
das Recht zu respektieren und zu achten an Wahlen teilzunehmen	90 (52)	91 (61)
bereit zu sein, für das Vaterland zu kämpfen und sein Leben zu geben	87 (49)	90 (65)
bereit zu sein, Wehrdienst oder militärische Schulungen abzuleisten**	90 (65)	88 (57)
sich für die lokale Gemeinschaft, in der man lebt, einzusetzen	75 (37)	84 (50)
polnische Sportler anzufeuern	75 (30)	82 (41)
die beruflichen Verpflichtungen redlich auszuführen***	70 (30)	81 (45)
Steuern zu zahlen	75 (37)	78 (48)
für die religiöse Erziehung der Kinder in der Familie zu sorgen	68 (31)	78 (48)
	77 (44)	69 (38)

* Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die Antwort »eindeutig ja«; ** im Jahr 2008 lautete die Beschreibung »Wehrdienst abzuleisten«; *** im Jahr 2016 wurde der Begriff »redlich« hinzugefügt.

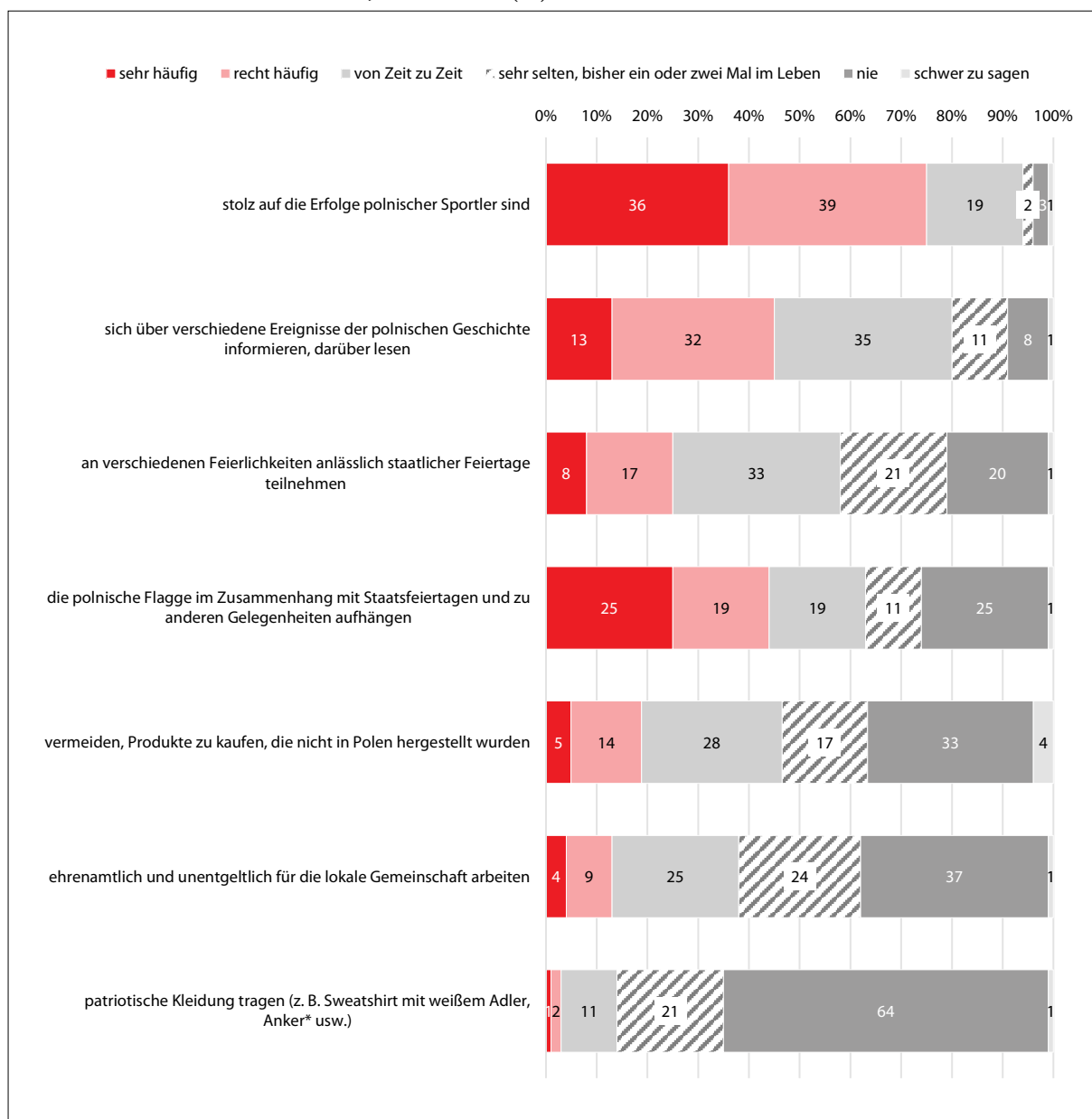
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 151/2016: *Między patriotyzmem a nacjonalizmem [Zwischen Patriotismus und Nationalismus]*. Warszawa, 11/2016. <www.cbos.pl>

Tabelle 2: Patriotismus hat verschiedene Bedeutungen. Beruht Patriotismus Ihrer Meinung nach darauf, ... (%)

	eindeutig ja	eher ja	JA	eher nein	eindeutig nein	NEIN	schwer zu sagen
dafür zu sorgen, dass den Kindern Liebe und Respekt für das Vaterland beigebracht wird	72	22	94	2	1	3	3
die polnischen Traditionen zu pflegen	60	33	93	2	2	4	3
die Geschichte des eigenen Landes zu kennen	59	34	93	2	1	3	4
dem Wappen, der Flagge und der Nationalhymne Respekt zu erweisen	69	23	92	3	2	5	3
das Recht zu respektieren und zu achten	61	30	91	4	2	6	3
an Wahlen teilzunehmen	65	25	90	4	2	6	4
bereit zu sein, für das Vaterland zu kämpfen und sein Leben zu geben	57	31	88	5	2	7	5
bereit zu sein, Wehrdienst oder militärische Schulungen abzuleisten	50	34	84	7	2	9	7
sich für die lokale Gemeinschaft, in der man lebt, einzusetzen	41	41	82	9	2	11	7
polnische Sportler anzufeuern	45	36	81	10	4	14	5
die beruflichen Verpflichtungen redlich auszuführen	48	30	78	11	4	15	7
Steuern zu zahlen	48	30	78	13	4	17	5
für die religiöse Erziehung der Kinder in der Familie zu sorgen	38	31	69	17	9	26	5
vor allem polnische Produkte zu kaufen	30	37	67	24	5	29	4

Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 151/2016: Między patriotyzmem a nacjonalizmem [Zwischen Patriotismus und Nationalismus]. Warszawa, 11/2016. <www.cbos.pl>

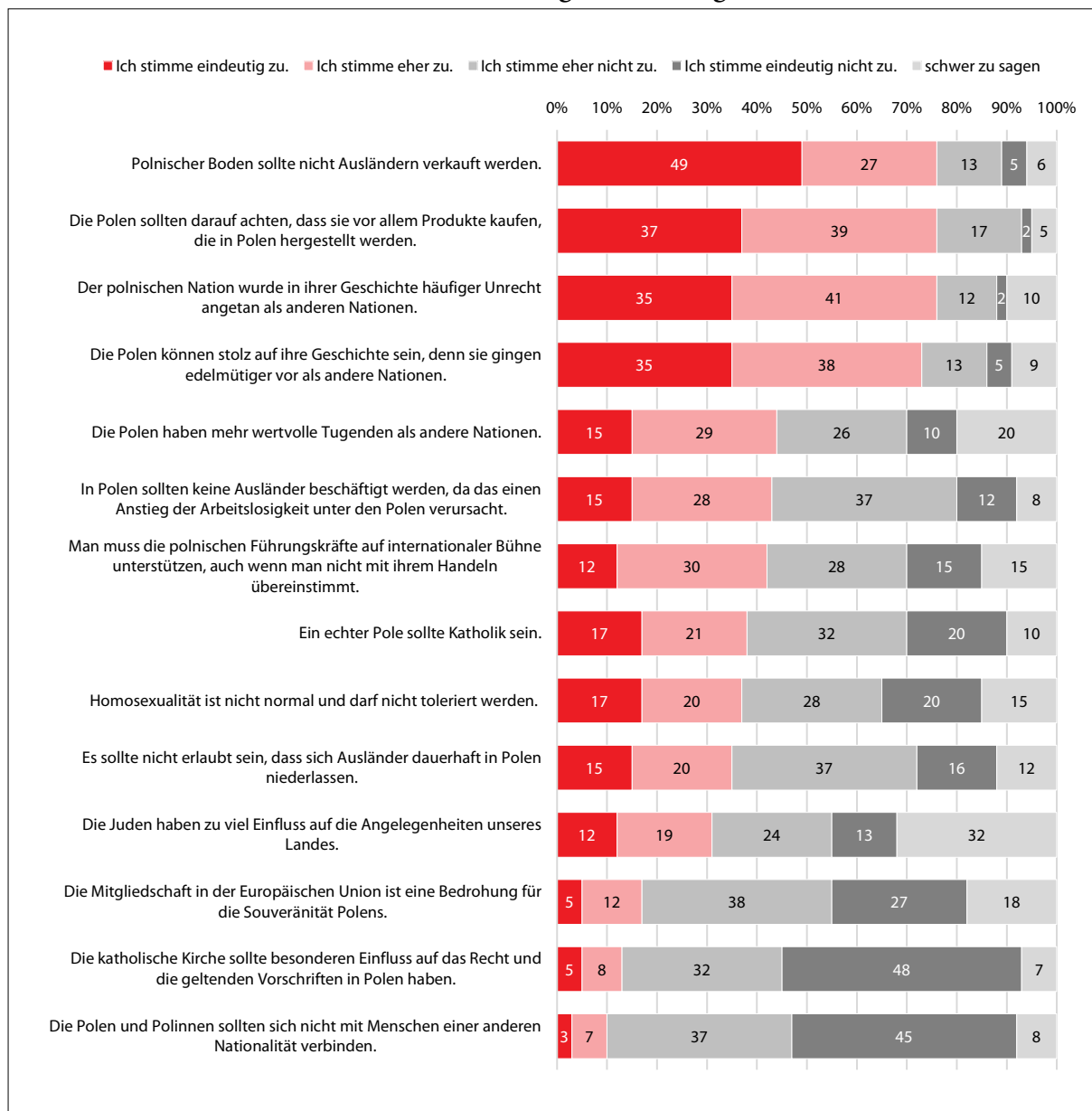
Grafik 1: Wie oft kommt es vor, dass Sie ... (%)



*Der »Anker«, gebildet aus »P« und »W«, steht für »Kämpfendes Polen« (Polska Walcząca) und war das Zeichen des Untergrundstaates zur Zeit des Zweiten Weltkrieges.

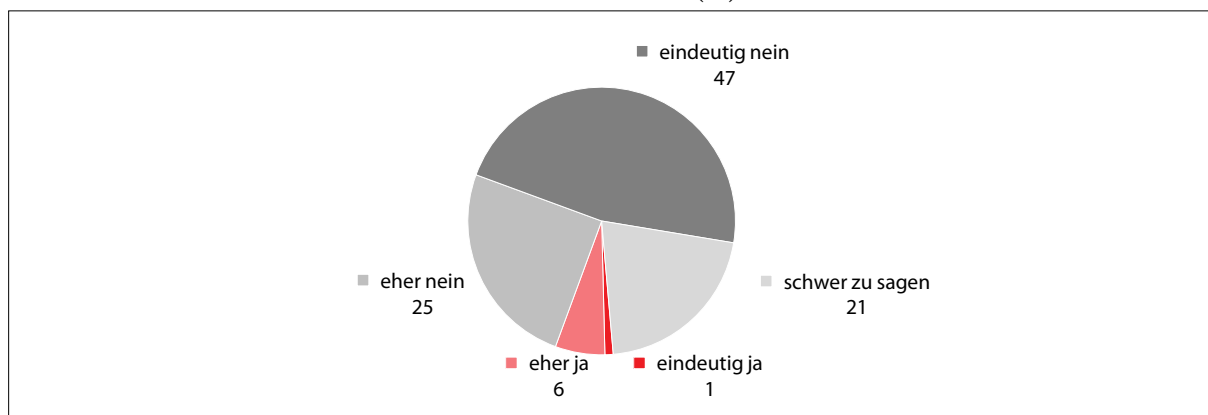
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 151/2016: Między patriotyzmem a nacjonalizmem [Zwischen Patriotismus und Nationalismus]. Warszawa, 11/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 2: In welchem Maße stimmen Sie den folgenden Aussagen zu? (%)



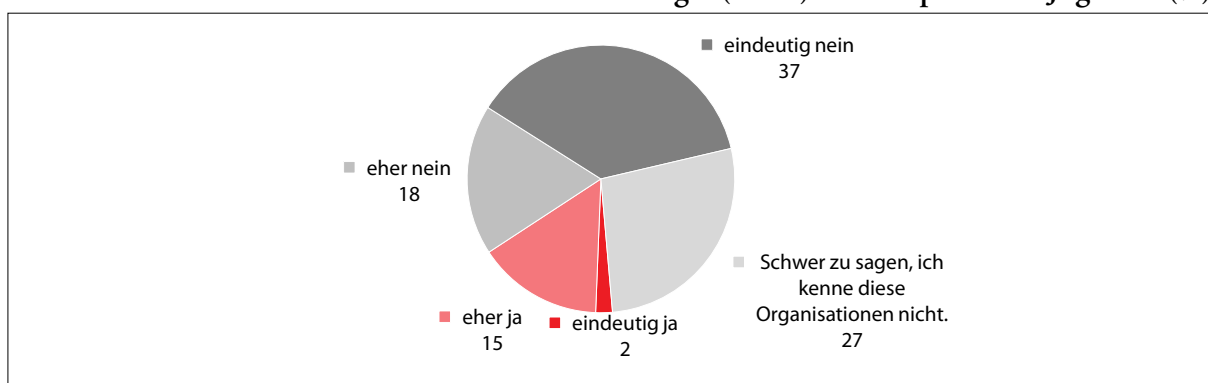
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 151/2016: *Między patriotyzmem a nacjonalizmem [Zwischen Patriotismus und Nationalismus]*. Warszawa, 11/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 3: Würden Sie sich als Nationalist bezeichnen? (%)



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 151/2016: *Między patriotyzmem a nacjonalizmem [Zwischen Patriotismus und Nationalismus]*. Warszawa, 11/2016. <www.cbos.pl>

Grafik 4: Unterstützen Sie im Allgemeinen die Aktivitäten solcher Bewegungen, Organisationen und Milieus wie das National-Radikale Lager (ONR) oder Allpolnische Jugend?* (%)



*National-Radikales Lager/Obóz Narodowo-Radykalny – ONR; Allpolnische Jugend/Młodzież Wszechpolska

Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 151/2016: *Między patriotyzmem a nacjonalizmem [Zwischen Patriotismus und Nationalismus]*. Warszawa, 11/2016. <www.cbos.pl>

Tabelle 3: Zusammenhang zwischen Unterstützung für nationalistische Organisationen und Selbstbeschreibung als Nationalist

Unterstützen Sie im Allgemeinen die Aktivitäten solcher Bewegungen, Organisationen und Milieus wie das National-Radikale Lager (ONR) oder Allpolnische Jugend?*	Würden Sie sich als Nationalist bezeichnen? (%)		
	ja	nein	schwer zu sagen
ja	16	68	17
nein	4	83	13
schwer zu sagen	5	53	42

*National-Radikales Lager/Obóz Narodowo-Radykalny – ONR; Allpolnische Jugend/Młodzież Wszechpolska

Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 151/2016: *Między patriotyzmem a nacjonalizmem [Zwischen Patriotismus und Nationalismus]*. Warszawa, 11/2016. <www.cbos.pl>

15. November 2016 – 5. Dezember 2016

15.11.2016	Im Resümee seiner einjährigen Amtsausübung nach dem Regierungsantritt von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) hebt Außenminister Witold Waszczykowski die Zusammenarbeit Polens mit regionalen Partnern hervor. Diese teilweise neu entstandenen kooperierenden Gruppierungen (Polen-Rumänien-Türkei; »die Bukarester Neun«; die »Dreimeeresinitiative«; die Visegrád-Gruppe u. a.) hätten nicht zum Ziel, sich der NATO oder EU entgegenzustellen, sondern in denselben stärker wahrgenommen zu werden und Entscheidungen zu beeinflussen.
16.11.2016	Der Sejm stimmt mit 262 Ja-Stimmen bei 149 Nein-Stimmen und 19 Enthaltungen für die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre für Frauen und 65 Jahre für Männer. Gegenwärtig liegt die Altersgrenze für beide bei 67 Jahren.
17.11.2016	Die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) stellt ihr »Schattenkabinett« vor. Geführt wird es vom PO-Vorsitzenden Grzegorz Schetyna, seine Stellvertreter sind die ehemalige Ministerpräsidentin Ewa Kopacz und der ehemalige Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak. Fraktionsvorsitzender Sławomir Neumann steht für den Bereich Entwicklung und Infrastruktur.
17.11.2016	Das Ergebnis der Exhumierung der Leiche Maria Kaczyńskas bestätigt als Todesursache einen Unfall. Gleiches gilt für die Todesursache von Lech Kaczyński, dessen Leichnam am Vortag untersucht wurde. Präsident Kaczyński, seine Ehefrau und 96 weitere Personen des politischen und öffentlichen Lebens Polens waren im Jahr 2010 bei einem Flugzeugabsturz bei Smolensk (Russland) tödlich verunglückt. Im Juni 2016 hatte die Landesstaatsanwaltschaft die Exhumierung der Todesopfer angeordnet, um die Todes- und Unfallursachen erneut zu bestimmen.
18.11.2016	Auf dem Wawel in Krakau (Kraków) findet die erneute Bestattung der sterblichen Überreste des ehemaligen Präsidenten Lech Kaczyński und seiner Ehefrau Maria statt, die bei der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010) tödlich verunglückt waren. Außer der engsten Familie sind Präsident Andrzej Duda und Ministerpräsidentin Beata Szydło anwesend.
19.11.2016	In Warschau findet der »Kongress der Linken – Neue Europäische Herausforderungen« statt, an dem ca. 2.000 Personen teilnehmen. Einberufen wird ein »Rat für Dialog und Verständigung der Linken«, der die Integration der linken politischen Gruppierungen mit Blick auf die Selbstverwaltungswahlen (2018) und Parlamentswahlen (2019) fördern soll.
21.11.2016	In Brüssel findet eine von der Ständigen Vertretung Polens bei der EU organisierte Konferenz zur Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO in Anwesenheit von Außenminister Witold Waszczykowski, Rose Gottemoeller, Vize-Generalsekretärin der NATO, und Federica Mogherini, Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, statt. Präsidialminister Krzysztof Szczerski spricht von Arbeitsteilung zwischen der EU und der NATO, die sich mit der instabilen Lage an den östlichen und südlichen Grenzen beziehungsweise in der EU mit dem Brexit, dem Verfassungsreferendum in Italien und den Wahlen in Frankreich und Deutschland im kommenden Jahr messen müssen. Polen wolle eine Brückenfunktion zwischen der EU und der NATO einnehmen.
22.11.2016	Im Rahmen der polnisch-israelischen Regierungskonsultationen trifft sich Ministerpräsidentin Beata Szydło mit ihrem Amtskollegen Benjamin Netanjahu in Jerusalem. Das Verbindende zwischen Polen und Israel sei die gemeinsame Erfahrung des nationalsozialistischen Aggressors, so Szydło. Gemeinsam wolle man jede Erscheinung des Antisemitismus bekämpfen und deutlich benennen, wer Aggressor, wer Henker und wer Opfer gewesen sei. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern werde vor allem im Bereich innovativer Technologien befördert, stellt Szydło in Aussicht.
23.11.2016	In einem Interview für die nationalkonservative Zeitung »Gazeta Polska« betont Außenminister Witold Waszczykowski militärische und bündnisrelevante Initiativen der polnischen Außenpolitik. Ein weiterer Schwerpunkt sei die Förderung der Integration der ostmitteleuropäischen Region, die ein Äquivalent zu Westeuropa darstellen soll.
24.11.2016	Die Regierung beschließt einen Gesetzesentwurf zum Anbau genetisch modifizierter Pflanzen in Polen. Demnach muss der auf bestimmte Zonen beschränkte Anbau genehmigt und registriert werden und muss die Zustimmung der umliegenden Grundeigentümer eingeholt werden.
25.11.2016	Der Senatsausschuss für Familie, Senioren und Sozialpolitik empfiehlt dem Senat keine Korrekturen an dem Mitte November vom Sejm verabschiedeten Gesetz zum Renteneintrittsalter. Dieses wurde von aktuell 67 Jahren auf 65 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen gesenkt.

27.11.2016	In Krakau (Kraków) findet die XII Landesversammlung der Anwälte statt, auf der die Krise um das Verfassungstribunal thematisiert wird. In einem Beschluss wird der permanente Prozess der Reform des Verfassungstribunals als Gefahr für die Stabilität des demokratischen Rechtsstaates kritisiert.
28.11.2016	In London finden die ersten britisch-polnischen Regierungskonsultationen statt. Thematisiert werden Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Sicherheit, der Kooperation in Wissenschaft und Kultur sowie Angelegenheiten der in Großbritannien lebenden Polen. Ministerpräsidentin Beata Szydło bestätigt Großbritannien als strategischen Partner Polens auch nach einem EU-Austritt Großbritanniens. Des Weiteren findet ein Treffen mit Vertretern der polnischen <i>community</i> in Großbritannien im Sitz der britischen Premierministerin Theresa May statt.
28.11.2016	Präsident Andrzej Duda und Bundespräsident Joachim Gauck informieren sich beim Multinationalen Korps Nordost der NATO in Stettin (Szczecin) über dessen Arbeit.
29.11.2016	Im Kupferbergwerk Rudna in Polkowice (Woiwodschaft Niederschlesien) kommt es zu einem Erdbeben in 1.500 Meter Tiefe. Acht Bergleute kommen ums Leben. Drei Bergleute sind noch verschüttet.
30.11.2016	Der Präsident des Verfassungstribunals, Andrzej Rzepliński, beruft die Allgemeine Versammlung des Verfassungstribunals ein. Beschlossen wird, dass Rzepliński Präsident Andrzej Duda als Kandidaten für das Amt des Präsidenten des Verfassungstribunals Marek Zubik, Stanisław Rymar und Piotr Tuleja vorstellen soll. Rzeplińskis Amtszeit endet am 19. Dezember.
01.12.2016	Im Sejm findet die erste Lesung des neuen Gesetzesentwurfs von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zum Verfassungstribunal statt. Sollte das Gesetz in Kraft treten, wäre die Bestimmung der Kandidaten für das Amt des Präsidenten des Verfassungstribunals vom Vortag hinfällig. Die Opposition wirft PiS vor, mit Hilfe des Gesetzes die Kontrolle über das Tribunal zu übernehmen. Die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Die Moderne (Nowoczesna) beantragen die Ablehnung des Entwurfs in erster Lesung.
02.12.2016	Der Sejm verabschiedet mit 224 Ja-Stimmen, 196 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen eine Novelle des Versammlungsrechts. Künftig dürfen keine Demonstrationen zur selben Zeit am selben Ort stattfinden. Das Gesetz verhindere damit potentielle gesellschaftliche Konflikte, so Innenminister Mariusz Błaszczak. Des Weiteren haben Demonstrationen Vorrang, die von Einrichtungen der staatlichen Gewalt und kirchlichen Institutionen organisiert werden, und kann die Erlaubnis für regelmäßig stattfindende, sogenannte zyklische Demonstrationen beantragt werden.
02.12.2016	Der Menschenrechtskommissar des Europarates, Nils Muiznieks, kritisiert die vom Sejm beschlossene Änderung des Versammlungsgesetzes, da sie staatliche und religiöse Veranstaltungen bevorzuge. Ein großer Teil der Bevölkerung hätte dadurch kaum noch die Möglichkeit, Demonstrationen abzuhalten. Er fordert den Senat Polens auf, der Gesetzesnovelle, die nicht mit der Europäischen Menschenrechts-Charta vereinbar sei, nicht zuzustimmen.
04.12.2016	Mateusz Kijowski, Chef des Komitees zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD) gibt bekannt, dass KOD am 13. Dezember (Verhängung des Kriegsrechts 1981) in ganz Polen Demonstrationen unter dem Motto »Stopp der Verwüstung Polens« organisieren wird. Er ruft die Opposition ungeachtet inhaltlicher Differenzen zur Teilnahme auf, da die Regierung mit ihren Maßnahmen alle Bürger angreife. Insbesondere bezieht er sich auf die in der vergangenen Woche vom Sejm verabschiedete Gesetzesnovelle zum Versammlungsrecht.
05.12.2016	Auf einer Pressekonferenz in Anwesenheit von Entwicklungsminister Mateusz Morawiecki teilen Bernhard Krüger-Sprengel für das Unternehmen Lufthansa Technik und Bill Millhaem für GE Aviation mit, dass sie als Joint Venture XEOS eine Investition von 250 Mio. Euro in Środa Śląska (Dolnośląskie/Niederschlesien) tätigen werden. Mit dem Instandsetzungszentrum für Motoren sollen 600 Arbeitsplätze entstehen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. www.isp.org.pl

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2016 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,

D-64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen